



**landkreis  
hameln-pyrmont  
der landrat**

## Fraktionsantrag

**Vorlage Nr.** 107/2012

**Datum:** 11.06.2012

<input checked="" type="checkbox"/>	<b>öffentlich</b>
<input type="checkbox"/>	<b>nicht öffentlich</b>

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>TOP</b>
Kreisausschuss	03.07.2012	10
Kreistag	10.07.2012	

<b>TOP</b>	<b>Antrag der Gruppe SPD/Grüne/Piraten im Kreistag auf Erstellung einer Informationsfreiheitsatzung</b>
------------	---

### Beschlussempfehlung

Der Kreistag wird gebeten, über den Antrag der Gruppe SPD/Grüne/Piraten vom 15.05.2012 eine Entscheidung zu treffen.

### Begründung

Mit Schreiben vom 15.05.2012 hat die Gruppe SPD/Grüne/Piraten einen Antrag auf Erstellung einer Informationsfreiheitsatzung gestellt. Zu den Einzelheiten wird auf den als Anlage beigefügten Antrag verwiesen.

Verwaltungsseitig bestehen gegen den Erlass einer Informationsfreiheitsatzung keine Bedenken. Im Bund und in 11 Bundesländern bestehen Informationsfreiheitsgesetze, im Land Niedersachsen allerdings nicht. Nach den bisherigen Erfahrungen von Kommunen, die bereits eine Informationsfreiheitsatzung haben, ist mit einer geringen Anzahl von Anträgen zu rechnen. Der zu erwartende Verwaltungsaufwand dürfte sich daher in Grenzen halten. Es wird darauf hingewiesen, dass durch Satzung ausschließlich ein Informationsrecht in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises begründet werden kann. Hinsichtlich der Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises hat der Landkreis keine Regelungskompetenz.

Bei Erlass einer Informationsfreiheitsatzung wird auch eine Änderung der Verwaltungskostensatzung erforderlich, um die entstehenden Kosten geltend machen zu können. Dabei ist die Einführung einer Bagatellgrenze angedacht, um Anträge, die mit geringem Verwaltungsaufwand erledigt werden können, kostenfrei zu belassen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Der zu erwartende zusätzliche Verwaltungsaufwand wird voraussichtlich nicht zu erheblichen finanziellen Aufwendungen führen. Im Übrigen kann eine Kostendeckung durch eine Änderung der Verwaltungskostensatzung erreicht werden.

**Demographischer Wandel:**

Keine Auswirkungen.

**Inklusion:**

Keine Auswirkungen.

Hameln, 11.06.2012

Rüdiger Butte

**Anlage**

Antrag der Gruppe SPD/Grüne/Piraten